Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

Parlamentarischer Abend des Städte- und Gemeindebundes NRW am 24.02.2011 - RSGV Düsseldorf

Rede von Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer
Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,
meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren Minister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst darf ich Ihnen, lieber Herr Breuer, herzlich für Ihre Gastfreundschaft danken. Wir werden uns auch heute bei Ihnen wie zu Hause fühlen, denn wir spüren, beide sind gut für Deutschland: Sparkassen und die Kommunen.

Wenn ich meinen Blick in der Runde schweifen lasse, so kann ich zufrieden feststellen: Unsere Einladung an den Landtag und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist auf große Resonanz gestoßen. Es ist Tradition in unserem Hause, jeweils nach der Landtagswahl die neu gewählten Abgeordneten und die Vertreter der Landesregierung zu einem zwanglosen Gespräch über aktuelle kommunalpolitische Themen einzuladen.

Dieses Gespräch ist umso wichtiger, weil sich unsere Kommunen in der größten Finanzkrise seit dem zweiten Weltkrieg befinden und wir diese Krise nur im Konsens überwinden können.

Besonders freue ich mich, dass nahezu das gesamte Landeskabinett unserer Einladung gefolgt ist, allen voran Sie, verehrte Frau Ministerpräsidentin. Trotz Ihrer zahlreichen Termine und Verpflichtungen haben Sie, verehrte Frau Kraft, diese Einladung ohne Zögern angenommen. Darüber sind wir besonders erfreut und dankbar. Nicht minder freuen wir uns, dass auch die stellvertrende Ministerpräsidentin zu uns gekommen ist. Herzlich willkommen, verehrte Frau Löhrmann.

Auch wenn Sie, Frau Kraft in einer kreisfreien Stadt wohnen, kennen Sie unseren Verband und damit die Sorgen und Nöte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, sehr genau. Denn schon zu Ihrer Zeit in der Opposition pflegten insbesondere Sie beide einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit unserem Verband.

Ihr aller Besuch zeigt uns, dass Parlament und Regierung die Entwicklung in den Städten und Gemeinden mit Interesse verfolgen und der Gestaltungskraft, die dort zu finden ist, ihren hohen Respekt entgegenbringen. Zu Recht.

Wir alle sind überzeugt, dass die kommunale Selbstverwaltung der richtige Weg ist, die Angelegenheiten vor Ort zu regeln. Und da spreche ich vermutlich auch in Ihrem Sinne. Denn die Menschen wollen bei Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen, mitbestimmen. Etwas vorgesetzt zu bekommen - und sei es noch so durchdacht - hat niemand gern.

Wir alle wissen: Die Kommunen befinden sich in der größten Finanzkrise seit dem zweiten Weltkrieg. Viele Räte und Bürgermeister fragen sich: was kann ich überhaupt noch gestalten?

Mittlerweile liegen die meisten Kommunen in NRW auf der Intensivstation. Immer mehr Kommunen, Basiscamp und Fundament unserer Demokratie, versinken langsam im Schuldensumpf. Das Handelsblatt hat Recht, wenn es feststellt (29.12.2010): „In nachrichtenarmen Zeiten dringen die Bürgermeister mit ihren Hilferufen durch. Danach sterben Deutschlands Städte leise weiter."

Diese Entwicklung muss schleunigst gestoppt werden. Mittlerweile haben die Kassenkredite locker die 20 Mrd. Eurohürde übersprungen. In kurzer Zeit erreichen wir die 30 Milliardenmarke. Je länger wir abwarten, umso teurer wird die Rettungsaktion. Irgendwann ist sie nicht mehr finanzierbar. Und das ist schon sehr bald,

Wir stehen also in den nächsten Monaten vor einer historischen Aufgabe; der Überwindung der strukturellen Finanzkrise der Kommunen.

Wir wissen, dass nicht alle kommunalpolitischen Entscheidungen immer nur von wirtschaftlicher Vernunft diktiert werden. Aber der Verdacht, die Kommunen würden das Geld für Prestigeprojekte aus dem Fenster werfen, scheidet angesichts massenhaft geschlossener Schwimmbäder, Bibliotheken und Theater als Erklärung aus. Nein, die derzeitige strukturelle Krise hat andere Ursachen.

Die strukturelle Hauptursache liegt im stetigen, längst nicht mehr steuerbaren Anstieg der sozialen Belastungen. Fallwachstum schafft Kostenwachstum. Seit 2000 haben sich die kommunalen Sozialleistungen auf mittlerweile 13,4 Mrd. Euro verdoppelt:

Weil die kommunale Finanzkrise primär strukturelle Ursachen hat, muss die Problemlösung auf der Ebene ansetzen, auf der sie gesetzt worden sind: nämlich auf der Ebene des Bundes. Er war es, der mit Zustimmung der Länder all die Sozialgesetze beschlossen hat, deren Erfüllung uns und unseren Bürgern buchstäblich die Luft zum atmen nimmt. Viele Kommunen fühlen sich mittlerweile ausgepresst wie eine Zitrone.

Und die explodierenden Soziallasten fressen buchstäblich alles auf: nicht nur die Sparerfolge, sondern auch die Einnahmezuwächse und unsere Investitionsfähigkeit.

Für eine Lösung unserer Krise ist unabdingbar, dass der Bund endlich auf Kostenverlagerungen verzichtet und sich dauerhaft und angemessen an den von ihm verursachten Sozialausgaben beteiligt.

Die jetzt gefundene Einigung im Vermittlungsverfahren zu Hartz IV ist eine gute Nachricht für die Kinder, die besondere Unterstützung brauchen.

Bund und Länder setzen mit der Einigung aber auch ein Zeichen der Solidarität mit den Kommunen. Die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund verschafft unseren Haushalten eine spürbare Entlastung bei den erdrückenden Sozialausgaben, für die wir lange gekämpft haben. Damit werden die Finanzprobleme der Kommunen natürlich nicht behoben, aber gelindert.

Diese Entlastung ist überfällig und konsequent. Denn bei der Grundsicherung handelt es sich um Rentenersatzleistungen, also eine gesamtgesellschaftliche und keine kommunale Aufgabe.

Die Kommunen sind auch bereit, das Bildungs- und Teilhabepaket umzusetzen. Wir sind ohnehin Träger der meisten Bildungs- und Sporteinrichtungen und einfach näher dran an

den Menschen. Die notwendige Kostenerstattung wird, wie von den kommunalen Verbänden stets gefordert, nun separat und transparent auf der Basis der Ist-Kosten vorgenommen. Auch das ist zu begrüßen. Mit Verrechnungslösungen haben wir in der Vergangenheit nicht die besten Erfahrungen gemacht.

Nur ein Satz zur Gewerbesteuer: Ohne Zustimmung der gemeindlichen Verbände werde es keine Änderungen geben, so das Versprechen der Kanzlerin und ihres Finanzministers. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Im Übrigen zeigt der Zuwachs bei der Gewerbeteuer in 2010 um 8,6 Prozent – 2011 wird ähnlich gut verlaufen – dass die Gewerbesteuer eine gute Steuer ist, die sich auch nach einer einschneidenden Krise schnell erholt.

Den breiten, parteiübergreifenden Konsens, den wir zurzeit bei Hartz IV sehen, benötigen wir auch in NRW zur Überwindung der Finanzkrise. Die Entschließung des Landtags vom 29.10.2010 zur kommunalen Finanzsituation ist hierfür eine gute Basis. Jetzt müssen wir den Fokus auf NRW richten.

Weil das Zeitfenster knapp bemessen ist, appelliere ich heute an Sie, Frau Ministerpräsidentin: verlassen Sie diesen Pfad des Konsenses nicht und behandeln Sie alle Kommunen gerecht.

Die Situation ist zu dramatisch, als dass die Überwindung der Krise am parteipolitischen Gezänk scheitern darf. Denn schon Johannes Rau wusste: „Wenn es den Kommunen schlecht geht, dann geht es auch dem Land schlecht." Auf kommunaler Ebene werden schließlich wichtige Zukunftsaufgaben erfüllt, von der Betreuung über die Bildung bis zur Integration.

Wir wissen, dass auch das Land vor großen Haushaltsproblemen steht. Weil es Kommunen und Land gleichermaßen schlecht geht, müssen beide Ebenen fair miteinander umgehen. Dieser Grundsatz gilt auch im Verhältnis des kreisfreien zum kreisangehörigen Raum.

Und weil die Interessen in finanziellen Fragen erheblich divergieren, muss es beim kommunalen Finanzausgleich gerecht und transparent zugehen, gerade in Zeiten wie diesen.

Die anstehende Reform des kommunalen Finanzausgleichs muss deshalb mit besonderer Vorsicht und aus einem Guss erfolgen. Nur dann ist es möglich, Be- und Entlastungswirkungen so aufeinander abzustimmen, dass einseitige Belastungen des kreisfreien oder kreisangehörigen Raums soweit wie möglich vermieden werden.
Nur so erreicht man die notwendige Akzeptanz in der kommunalen Familie, die als Grundlage zur Bewältigung der kommunalen Haushaltsmisere unabdingbar ist.

Einzelne Strukturelemente vorzeitig isoliert umzusetzen, ist verfehlt. Deshalb lehnen wir die im Entwurf für ein GFG 2011 vorgesehene Datenanpassung ab.

Mit der jetzt ohne Not und Vorwarnung vorgezogenen Anpassung werden nicht nur viele Kommunen in ein Haushaltssicherungskonzept oder Nothaushalt gezwungen. Auch der Sparwille der Bürger wird untergraben, wenn sämtliche Sparbemühungen mit einem Federstrich zunichte gemacht werden.

Richtig ist: Der Finanzausgleich muss nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes NRW regelmäßig der aktuellen Entwicklung angepasst werden.

Die für 2008 vorgesehene Anpassung hat man unterlassen, um, wie von uns gefordert, eine Reform aus einem Guss machen zu können, d.h. die Grunddatenanpassung mit den

strukturellen Veränderungen des GFG zu verbinden. Hintergrund war ja – wie Sie wissen – die laufende Diskussion in der Ifo-Kommission.

Wir sind mit Ihnen der Meinung, Frau Ministerpräsidentin, dass der Finanzausgleich fair transparent und gerecht sein muss, gerade in finanziell schwierigen Zeiten. Das bedeutet, er muss die Realitäten abbilden und auf aktuellen Daten beruhen. Ausgehend hiervon gibt es sicher Handlungsbedarf bei den sozialen Lasten. Hier hat sich mit der Einführung von Hartz IV einiges verändert.

Wir haben aber große Zweifel, ob die jetzige Stellschraube, nämlich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die tatsächlichen Belastungen der Städte und Gemeinden auch in den Bereichen Behindertenhilfe, Pflege und Grundsicherung realistisch und damit gerecht abbildet.

Weil die Stellschraube Soziallastenansatz eine große Bedeutung für die Aufteilung der Schlüsselzuweisungen hat, dürfen wir sie nicht überdrehen. Deswegen möchten wir Sie bitten, noch einmal mit uns darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoller wäre, mehrere Parameter zu benutzen, um möglichst exakt den Aufwand und seine Verteilung auf die Kommunen zu erfassen. Dazu brauchen wir eine breitere Datenbasis.

Wir müssen zudem sicherstellen, dass sich im Hauptansatz keine Soziallasten mehr verstecken.

Wenn es um Lasten geht, das machen wir seit Jahren geltend, müssen wir auch die besonderen Lasten des kreisangehörigen Raumes realistisch erfassen, bewerten und zeitnah abbilden. Sie wissen, dass Flächengemeinden bei vielen Pflichtaufgaben – egal ob im Bereich der Versorgung, Entsorgung, im ÖPNV oder Feuerwehrwesen – erhebliche Zusatzkosten tragen müssen.

Wir müssen bei der neuen Struktur des Finanzausgleichs auch deshalb sorgfältig und gerecht vorgehen, weil sie ja für gut 10 Jahre Gültigkeit haben soll.

Was bei der Erfassung des Bedarfes richtig ist, das kann bei der Erfassung der Steuerkraft nicht falsch sein. Auch diese muss realistisch und differenziert abgebildet werden. Und das ist der zweite wichtige Problempunkt, der aus unserer Sicht im Rahmen der Umsetzung der Ifo-Empfehlungen berücksichtigt werden muss, um einen Konsens zu erzielen.

Wir alle wissen: Die Möglichkeiten der Anspannung von Hebesätzen, vor allem im Bereich der Gewerbesteuer, sind höchst unterschiedlich ausgestaltet. Zwischen dem Ballungsbereich und dem eher ländlich strukturierten Bereich gibt es ein erhebliches Gefälle. Man kann einfach nicht Finnentrop und Köln miteinander vergleichen. Die infrastrukturellen Vorraussetzungen sind zu unterschiedlich, vor allem was die verkehrliche Anbindung betrifft. Das Thema Breitband möchte ich gar nicht erst ansprechen.

Hinzu kommen die Gebiete, die an andere Bundesländer angrenzen, in denen es niedrigere Hebesätze gibt als bei uns, z.B. Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz.

Da gehört es zur Gerechtigkeit, dass wir diese differenzierte Realität durch Bildung von Hebesatzklassen auch differenziert abbilden.

Ich sage das alles bewusst in dieser Intensität, weil die Überwindung der kommunalen Finanzkrise nur im Konsens geht.

Wir wollen mit Ihnen diesen gemeinsam parteiübergreifenden Konsens. Aber der Konsens im Rahmen des Stadtpaktes Finanzen setzt voraus, dass wir uns bei der Anpassung der

Daten und der Umsetzung des Ifo-Gutachtens einigen. Das ist sozusagen die conditio sine qua non.

Ich möchte erneut Johannes Rau zitieren, der einmal formuliert hat: „Politik, die nicht das Ziel hat, das Leben der Menschen menschlicher zu machen, soll sich zum Teufel scheren, ob sie schwarz oder rot oder grün oder gelb ist."

Darauf haben Sie, Frau Ministerpräsidentin, bei der Veranstaltung zu seinem 80. Geburtstag am 17.01.2011 hingewiesen.

Sie selbst haben dann wie folgt weiter formuliert: „Wir müssen wieder lernen, die Wirkungsketten unseres Handeln bis zu ihrem eigentlichen Ziel zu denken. Bis dahin, wo sie konkret nutzen." Das heißt übertragen auf unsere jetzige Situation: ohne einen Konsens beim Thema Ifo, d.h. der Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs, gibt es keinen Konsens beim Stärkungspakt Stadtfinanzen.

Die Kommunen haben nicht nur in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie das Sparen ernst nehmen. Dass die Bürger sich dennoch weiterhin mit ihrer Kommune identifizieren, liegt an ihrem ehrenamtlichen Engagement. Vielfach sind Bürgerinitiativen und Trägervereine dort eingesprungen, wo die Kommune wegen Geldmangel den Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten kann.

Das hat die Veranstaltung „ Der Dank Ehrensache Kultur" am 24.01.2011 eindrucksvoll gezeigt. Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben sämtliche erste Preise in allen drei Kategorien an kreisangehörige Kommunen verliehen. Ich nenne nur Rheine, Warendorf und Saarbeck. Die Westfalen sind also doch kein kulturloses Volk, wie die Rheinländer immer behaupten, auch wenn sie keinen Karneval haben. Als Westfale könnte ich eher sagen: Das Gegenteil stimmt. Aber ich mach es ja nicht.

Diese Veranstaltung hat bewiesen, dass unsere Bürger mit wenig oder keinem kommunalem Geld, sondern nur mit viel Engagement und Kreativität, tolle kulturelle Veranstaltungen auf die Beine stellen können. Sie tun dies, weil sie in Städten und Gemeinden leben möchten, auf die sie stolz sein können und die Wärme und Heimat bieten. Ohne Kultur geht das nun mal nicht.

Verehrte Frau Ministerpräsidentin, verehrte Landtagsabgeordnete, die Städte und Gemeinden von Nordrhein-Westfalen stehen als kompetente, verlässliche Partner an Ihrer Seite. Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister repräsentieren Vernunft und Augenmaß. In den Räten konzentriert sich der politische Gestaltungswille der Bürgerschaft. Auf den Marktplätzen vernimmt man Volkes Stimme. Nutzen Sie diese Ressource, dann werden wir gemeinsam erfolgreich sein. Mit diesem Appell bin ich am Ende meiner einführenden Worte angekommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.